

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1948

83 (16.7.1948)

Süddeutsche Allgemeine

Erscheinungstage: Montag, Mittwoch, Freitag und Sonntag. Monatlicher Bezugspreis 20 Mark 2.20 (wöchentlich 28 D-Pfennige Tröbgergebühr), bei Zustellung durch die Post DM 2.40 zuzüglich Zustellgebühr.

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Anzeigenpreis: Die 35 mm br. Nonp-Zelle Karlsruher Ausgabe DM 1.50; Pforzheimer Ausgabe und Württembergische Abendblatt je DM 1.50; Gesamtanzeige DM 1.50; Amtliche Anzeigen 50 Prozent Nachsch.

2. Jahrgang / Nummer 183

Freitag, den 16. Juli 1948

Einzelpreis 20 Pfennig

Rußland erkennt Protestnoten nicht an

UdSSR erheben keine Einwände gegen Viermächtebesprechungen — Vorbedingungen werden jedoch nicht akzeptiert

London, 15. Juli (DENA-REUTERS). Die sowjetische Regierung erklärt in ihrer Mittwochsnacht von Radio Moskau veröffentlichten Antwort auf die Protestnote der USA gegen die Blockade Berlins, die Besetzungen der Westmächte würden durch die Verletzung der gemeinsamen Beschlüsse über die Verwaltung Berlins selbst ihr Recht auf eine Teilnahme an der Besetzung der Stadt aufgeben. Gegen die Wiederaufnahme von Viermächtebesprechungen über die Lage in Berlin, zu der sich die amerikanische Regierung bereit erklärt hatte, habe die Sowjetunion keine Einwände, könne aber keine Vorbedingungen akzeptieren.

Die Westmächte hatten in ihren Noten als Vorbedingung für die Wiederaufnahme von Viermächtebesprechungen über Berlin die Aufhebung der Blockade Berlins durch die Sowjets gefordert.

In der sowjetischen Antwort heißt es weiter, daß die sowjetische Regierung nicht der in der amerikanischen Note abgezeichneten Erklärung zustimmen könne, in der die jetzt in Berlin entstandene Lage den von sowjetischer Seite unternommenen Maßnahmen zugeschrieben werde. Sie vertrete die Ansicht, daß die Lage in Berlin ihre Ursache in der Verletzung der Viermächteabkommen über Deutschland und Berlin durch die Regierungen der USA, Großbritannien und Frankreich habe. Dies zeige sich in der Durchführung einer separaten Währungsreform, der Einführung einer besonderen Währung in den Westsektoren Berlins sowie in der Politik der Aufspaltung Deutschlands. Ferner seien die Maßnahmen zur Entmilitarisierung Deutschlands nicht zu Ende geführt und das Ruhrgebiet der Viermächtekontrolle entzogen worden. Die Durchführung der Beschlüsse über die Reparationen aus dem westlichen Besatzungszone Deutschlands sei von den Regierungen der Westmächte untergraben worden.

Die Note der sowjetischen Regierung weist daraufhin, daß das Abkommen über die Viermächtekontrolle Berlins ein untrennbarer Bestandteil der Abkommen über die Viermächtekontrolle Deutschlands in seiner Gesamtheit sei und Besprechungen zwischen den Besatzungsmächten nicht nur auf die Verwaltung Berlins, sondern auch auf das allgemeine Problem der Viermächtekontrolle Deutschlands ausgedehnt werden müssen, wenn sie wirksam sein sollen.

Als die USA, Großbritannien und Frankreich durch ihre separaten Maßnahmen in den Westzonen das System der Viermächteverwaltung Deutschlands „zerstört“ und in Frankfurt am Main eine „Hauptstadt für eine Regierung Westdeutschlands“ zu errichten begonnen hätten, hätten sie damit die legale Grundlage, auf welcher ihr Recht zur Teilnahme an der Verwaltung Berlins beruhe, unterhöhlt.

Zu der in der amerikanischen Note enthaltenen Erklärung, daß das Recht der USA zur Teilnahme an der Besetzung Berlins auch auf der Tatsache

beruhe, daß die USA ihre Truppen aus gewissen Gebieten der sowjetischen Besatzungszone zurückzögen, in welche sie während militärischer Operationen in Deutschland vorgestoßen waren, erklärt die sowjetische Regierung, daß die USA damit lediglich die von ihr eingegangenen Verpflichtungen erfüllt hätten. Nur die Erfüllung dieser Verpflichtungen habe den USA das Recht gegeben, einen Teil Berlins zu besetzen.

Am Schluß der sowjetischen Note heißt es, das sowjetische Oberkommando sei auf Grund der Durchführung einer separaten Währungsreform in den Westzonen Deutschlands gezwungen gewesen, dringende Maßnahmen zur Sicherung der Interessen der deutschen Bevölkerung und der Wirtschaft der sowjetischen Besatzungszone einzuleiten. Die Gefahr einer Untergrabung des normalen Wirtschaftslebens der sowjetischen Zone und Berlins sei bis heute nicht beseitigt, da die drei Westmächte weiterhin ihre ei-

gese Sonderwährung in Berlin aufrecht erhielten. Das sowjetische Oberkommando habe gleichzeitig seine Bemühungen um das Wohlergehen der Berliner Bevölkerung und um die Sicherstellung ihrer normalen Versorgung mit allem notwendigen bewiesen, und fahre fort, sie zu beweisen. Es sei um die schnellste Beseitigung der in dieser Hinsicht kürzlich entstandenen Schwierigkeiten ernstlich bemüht.

DENA meldet aus London und Paris, daß auch den Regierungen Großbritanniens und Frankreichs Antworten auf ihre Protestnoten an Moskau übergeben worden sind.

Westmächte geben nicht nach

Washington, 15. Juli (UP). Um eine Stellungnahme zur sowjetischen Antwortnote zu geben, erklärten Beamte des amerikanischen Außenministeriums, daß die USA auf ihrer Forderung nach Aufhebung der Blockade Berlins auch wei-

terhin bestehen würden. Ein Sprecher des Foreign Office erklärte ebenfalls: „Es ist unsere unumstößliche und feste Absicht, in Berlin zu bleiben.“

Die französische Regierung betrachtet, wie ein Sprecher des französischen Außenministeriums laut DENA mitteilte, die sowjetische Antwort auf den Drei-mächteprotest gegen die sowjetische Blockade Berlins als „ungenügend“. Die Antwort lasse die Lage in jeder Hinsicht unverändert. Es sei für die Westmächte wahrscheinlich notwendig, fügte der Sprecher hinzu, eine zweite Note an die Sowjetunion abzugeben.

US-Kongreß einberufen

Washington, 15. Juli (DENA-INS). Präsident Truman hat den amerikanischen Kongreß für den 28. Juli zu einer Sonder-sitzung einberufen, da ein außerordentliches Fall die Rückkehr der Kongreßmitglieder nach Washington notwendig mache.

Schritte gegen Luftbrücke erwogen

Sowjetische Flugsachverständige wollen das Problem der Luftkorridore regeln

Berlin, 15. Juli (UP). Die „Tägliche Rundschau“ beschäftigt sich erneut mit der Frage des anglo-amerikanischen Luftkorridors nach Berlin und beabsichtigt die Flieger beider Mächte, daß sie Blindflüge in Gebieten durchführten, wo sowjetische Flugzeuge übten. Dies könne ernste Konsequenzen haben. Der Artikel des Blattes der russischen Armee bringt eine Liste angeblicher Verletzungen der Luftfahrt-Bestimmungen und knüpft daran den Hinweis, die sowjetischen Flugsachverständigen seien zu dem Schluß gekommen, daß jetzt das Problem der Luftkorridore geregelt werden müßte. Der Aufsatz gibt zu der Vermutung Anlaß, daß die Russen Schritte zur Einschränkung der angloamerikanischen Versorgungsflüge planen.

Hierzu meldet DENA: Eine Änderung in dem Verfahren zur Benutzung der Luftkorridore könne nur durch einen Viermächtebeschluß erfolgen, durch den die gegenwärtig gültigen Bestimmungen geschaffen wurden, erklärte ein Sprecher der Royal Airforce. Wenn von den Sowjets die Entscheidung getroffen würde, daß nur noch ein oder zwei Luftkorridore benutzt werden dürften, werde man diesen Beschluß ignorieren, betonte der Sprecher. Es werde auch keine Aende-

rung in dem gegenwärtigen Verfahren eintreten, wenn die Sowjets sich dazu entschieden sollten, die durch den Kongreß geschaffenen Luftsicherheitsbestimmungen zu verlassen.

Kanig seines Postens entbunden

Berlin, 15. Juli (DENA). Der Kommandeur der Berliner Schutzpolizei Hans Kanig (SPD) wurde von Polizeipräsident Paul Markgraf schriftlich davon in Kenntnis gesetzt, daß er mit Wirkung vom 14. Juli seines Postens entbunden ist.

Eden würdigt Haltung der Berliner

Berlin, 15. Juli (UP). Etwas 4000 Deutsche hatten sich am Donnerstagvormittag in den Räumen der Informationszentrale der britischen Militärregierung in Berlin versammelt, um aus dem Mund des ehemaligen britischen Außenministers Anthony Eden erneut die Versicherung zu hören, daß die britische Regierung entschlossen sei, gemeinsam mit den anderen westlichen Alliierten in Berlin zu bleiben und die Bevölkerung der Westsektoren auch während der Blockade weiter zu versorgen.

Eden würdigte die ruhige und besonnene Haltung der Berliner Bevölkerung und betonte, daß sich besonders die Haus-

frauen während der gegenwärtigen Krise ausgezeichnet benehmen. Die deutsche Bevölkerung dürfe auch nicht verzagen, da die westlichen Alliierten entschlossen seien, die demokratischen Rechte mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu schützen. Eden versicherte, daß die westlichen Alliierten niemals daran dächten, auf die grundlegenden Freiheiten zu verzichten. Ein Land, in dem die Bevölkerung in ständiger Angst vor der Polizei lebe, sei niemals frei.

Neuer britischer Protest

Berlin, 15. Juli (DENA). Die britische Kontrollkommission für Deutschland veröffentlichte am Donnerstag ein Schreiben des stellvertretenden britischen Stabschefs Generalmajor V. J. E. Westropp an den sowjetischen Stabschef Generalleutnant G. S. Lukjantschenko, in dem der von sowjetischen Nachrichtenbüro am 13. Juli veröffentlichte Befehl, wonach Interzonenplätze für Reisen nach den Westzonen nur noch von der sowjetischen Kommandantur ausgestellt werden dürfen, als ein Verstoß gegen die Kontrollratsdirektive Nr. 34 bezeichnet wird, derzufolge allen vier Sektoren-Kommandanten das Recht zusteht, Interzonenplätze auszustellen.

Unruhen durch Attentat auf Togliatti

Kommunisten fordern Rücktritt der Regierung de Gasperi — Generalstreik in Italien

Rom, 15. Juli (UP). Gegen den Führer der italienischen Kommunisten, Palmiro Togliatti, wurde am Mittwoch ein Attentat verübt. Der 53jährige Attentäter, ein stillschweiger Student namens Balante, feuerte vier Pistolenschüsse auf Togliatti, der sofort schwerverwundet zusammenbrach. Der Kommunistenführer befindet sich jedoch außer Lebensgefahr.

Der nach dem Attentat sofort verhaftete Ballante hat in seiner ersten Vernehmung angegeben, daß er bis 1944 Mitglied der liberalen Partei gewesen sei, danach habe er sich nicht mehr aktiv politisch betätigt. Über die Beweggründe seiner Tat erklärte Ballante: „Ich habe versucht, Togliatti zu töten, da ich es nicht dulden wollte, daß er als Italiener an den Zusammenkünften des Komintern teilnahm und weil ich ihn für die Ermordung von Italienern in der Nacht nach der Befreiung verantwortlich hielt.“

Papst Pius XII. und die Leitung der Christlich-Demokratischen Partei Italiens verurteilten das Attentat auf das Schärfste, auch der italienische Ministerpräsident Alcide de Gasperi erklärte, es sei dies das Schlimmste, was in der augenblicklichen Lage Italiens geschehen konnte. Derartige Methoden seien für den politischen Kampf nicht geeignet. Generalissimo Stalin sprach, wie Radio Moskau bekannt gab, in einem Telegramm an die italienische kommunistische Partei sein Befehndendes Beileid über den Mordversuch an Togliatti aus.

Internationaler Gerichtshof für Palästina?

Olleitungen und -Lager in Haifa — eine Sorge Großbritanniens

New York, 15. Juli (DENA-REUTERS). Syrien brachte am Mittwochnachmittag im Sicherheitsrat eine Resolution ein, nach der die Ansicht des internationalen Gerichtshofes über den juristischen Status von Palästina nach Beendigung des britischen Mandats eingeholt werden soll. Der chinesische Delegierte und der Vertreter Belgiens unterstützten die syrische Entscheidung.

Großbritannien hat an Graf Bernadotte appelliert und diesen gebeten, alles in seiner Macht stehende zu unternehmen,

in einer von de Gasperi einberufenen Sonder-sitzung forderten die Kommunisten und Linksozialisten vor dem Parlament den Rücktritt der italienischen Regierung. Am Donnerstag verließen die Abgeordneten beider Parteien unter Protest die Sitzung des Parlaments, nachdem die Mehrheit der Abgeordneten es abgelehnt hatte, einen kommunistischen Antrag anzunehmen, in dem eine Debatte über die Regierungserklärung zum Generalstreik gefordert wurde.

Laut DENA befanden sich am Donnerstag sieben Millionen Arbeiter im Ausstand. In weiten Gebieten Norditaliens sind die Fabriken von der Arbeiterschaft besetzt worden. In Sesto San Giovanni bei Mailand wurde am Mittwoch ein Versuch, das Elektrizitätswerk zu besetzen und die Stromversorgung lahmzulegen, von der Polizei vereitelt. In zahlreichen, besonders kleineren Orten des Landes wurden die Büros der Christlichen Demokraten und rechtsgerichteter Parteien sowie vereinzelt der Saragat-Sozialisten von der Menge gestürmt und in Brand gesetzt. Die Zahl der Toten bei den Unruhen beläuft sich bisher laut DENA auf mindestens vier, 80 Personen wurden verletzt. Ueber Genoa wurde vorübergehend der Ausnahmezustand verhängt.

Ebenso sind, wie der italienische Innenminister Mario Scelba im Abgeordnetenhause erklärte, vier Eisenbahnlinien von bewaffneten Revolutionären besetzt worden. Kommunistische Arbeiter haben die Fiat- und Mirafiori-Werke

in Turin besetzt und die Direktoren dieser Fabriken als Geiseln festgenommen. Laut DENA nahmen die Kommunisten auch einen General und einen Obersten der italienischen Armee als Geiseln gefangen.

Wie DENA weiter mitteilt, erklärte Ministerpräsident de Gasperi, die Regierung beherrsche vollkommen die Situation. Er erwarte ein langsames Nachlassen der Unruhen.

Palmiro Togliatti, dessen Gesundheitszustand sich wesentlich gebessert hat, gab bekannt, daß er von jetzt an alle kommunistischen Maßnahmen wieder selbst leiten werde.

„Trizonen-Vorschläge noch nicht endgültig“

General Clay vor Pressevertretern — Besprechung der Militärgouverneure

Frankfurt, 15. Juli (DENA). General Lucius D. Clay leitete am Mittwochabend die für Donnerstag vorgeschlagene Besprechung über die Koblenzer Vorschläge der elf Regierungschefs der Trizone mit einer Konferenz mit den Landeschefs des amerikanischen Gebietes ein. Wie die Konferenzteilnehmer nach Abschluß der Besprechung mitteilten, legte Clay ihnen seinen Standpunkt zu den deutschen Vorschlägen dar, er betonte jedoch, daß dies keine endgültige Stellungnahme der drei Militärgouverneure darstelle.

Die drei Militärgouverneure der Westzonen nahmen am Donnerstag ihre gemeinsamen Besprechungen, die ohne irgendwelche Berater stattfanden, auf. Auf einer Pressekonferenz in seinem Frankfurter Hauptquartier am Donnerstag erklärte General Clay: „Solange die Berliner wünschen, daß ihre Freiheit erhalten wird, und solange die beteiligten drei alliierten Nationen dies ebenfalls wünschen, werden die westlichen Alliierten in Berlin bleiben.“

General Clay kündigte an, daß noch weitere Großtransportflüge aus den USA angefordert werden, um die Versorgungsflüge nach Berlin noch mehr zu verstärken. Ob eine etwaige Verdrängung der Westmächte aus Berlin Krieg bedeuten würde, wurde von Clay nicht beantwortet. Er betonte aber, daß er „keinen Krieg mache“.

Erneute Zurückweisung Titos

Bukarest, 15. Juli (DENA-REUTERS). Das offizielle Organ des Komintern „Für dauernden Frieden und Volksdemokratie“, weist in einer Veröffentlichung am Donnerstag laut Meldung der rumänischen Nachrichtenagentur die Antwort der jugoslawischen Regierung auf die Resolution des Komintern „bedingungslos“ zurück und verurteilt die Führung der jugoslawischen Kommunisten, die repräsentiert durch Tito, Kardelj, Džilas und Rankovic, sich immer mehr als „bürgerlich-nationalistisch“ erweise. Sie verrate die Sache der Arbeiterschaft und die der nationalen Unabhängigkeit Jugoslawiens.

Aufständische wollen Frieden

Athen, 15. Juli (UP). Der Führer der griechischen Aufständischen, Markos Vafiades, hat über den ihm zur Verfügung stehenden Radioapparat ein Angebot an die griechische Regierung gerichtet, in Friedensverhandlungen einzutreten. Ministerpräsident Triafaris und Kriegsminister Stratos gaben bekannt, daß sie auf dieses Angebot erst nach bedingungsloser Kapitulation der Aufständischen eingehen würden.

Truman Präsidentschaftskandidat

Philadelphia, 15. Juli (UP). Der demokratische Parteikonvent nominierte am Mittwoch Präsident Truman im ersten Wahlgang zum Präsidentschaftskandidaten der Partei für die Novemberwahlen. Senator Alben Barkley wurde zum Vizepräsidentschaftskandidaten nominiert.

ERP für die Bizone unterzeichnet

Berlin, 15. Juli (UP). Der britische und der amerikanische Militärgouverneur einerseits und der amerikanische Botschafter, Robert Murphy, andererseits unterzeichneten ein Abkommen, wonach die Bizone Deutschlands amerikanische Hilfe im Rahmen des ERP erhält.

Verbote für Kommunisten

München, 15. Juli (DENA). Einen Tag nach dem Verbot aller kommunistischen Publikationen in Bayern untersagte hier am Mittwoch die Abtätigung inners Verwaltung der US-Militärregierung für Bayern für die Dauer eines Monats jede Betätigung der KPD im Landkreis Hof. Das Verbot wurde ausgeschrieben, weil die KPD infolge der ungenügenden Bezeichnung „Sozialistische Volkspartei Deutschlands“ gebraucht hatte.

Auch die KP-Bremen teilte mit, außer dem am 8. Juli von der US-Militärregierung ausgesprochenen Verbot des kommunistischen Mitteilungsblattes Bremen sei auch die Veröffentlichung von Flugblättern und Drucksachen für die Dauer von 4 Wochen untersagt worden.

Erberger-Mörder Hauptschuldiger

Heppenheim a. d. B., 15. Juli (DENA). Die Spruchkammer Bergstraße stufte hier den Landwirt Heinrich Schulz, der im Jahre 1931 zusammen mit dem bereits zu 13 Jahren Zuchthaus verurteilten Heinrich Tillmann den Reichsminister Matthias Erberger erschoss, in die Gruppe der Hauptschuldigen ein und verwies ihn auf die Dauer von acht Jahren in ein Arbeitslager.

531 000 Arbeitslose in der Bizone

Wiesbaden, 15. Juli (DENA). Die Arbeitslosenziffer in der Bizone belief sich, einer im heftigen Arbeitsministerium am Mittwoch eingelaufenen Meldung zufolge, am 9. Juli auf 531 000 Personen.

Parteiaktionen in Bayern genehmigt

München, 15. Juli (UP). Die amerikanische Militärgouverneur in Bayern setzte den bayerischen Landtag davon in Kenntnis, daß politische Parteien nunmehr berechtigt sind, eigene Zeitungen herauszugeben.

Welt-Rundschau

NEW YORK. General Perleb, der ehemalige Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte während des ersten Weltkrieges, ist laut AFP am Donnerstag verstorben. — LONDON (sp). Ein der Stellvertreter der Außenminister für die Italienischen Kolonien tritt wieder zusammen. — KOPENHAGEN. Königin Ingrid von Dänemark und ihre beiden Töchter werden bei einem Autounfall in Südjütland leicht verletzt. — ROM. Vertrag über die Abwicklung der Auslieferung italienischer Kriegsschiffe an Frankreich (laut AFP in der italienischen Hauptstadt unterzeichnet. — PARIS (sp). Der ehemalige französische Informationsminister Pierre Bourdas beim Segeln ertrank. / Französischer Gewerkschaftsbund CGT lehnt Gehaltserhöhung der Regierung ab. — LONGWY (sp). Ein Milliardener Güterzug entgleiste an einer St. ekkurve. — GRENOBLE. Radio Beromünster meldet, daß seit einigen Tagen Befehle des Streiks der französischen Eisenbahnen die Zellekontrolle auf der französischen Seite des schweizerisch-französischen Grenze völlig eingestellt worden ist. — WIEN (sp). Sowjetische Soldaten beschlagnahmten österreichischen Weintransport im französischen Sektor West. — TRIEST. Nach BBC kam es in der kommunistischen Partei von Triest zum offenen Bruch zwischen Kandidaten und Tito-Anhängern. — SOFIA (sp). Kommunistische Partei Bulgariens lehnt Einladung zur Teilnahme am Kongreß der KP Jugoslawien in Belgrad ab. / Unparteiische Regierungskommission laut AFP in der bulgarischen Hauptstadt abgelehnt. — BAGDAD. Unterhaus des Irak nahm Zusatz zum Strafgesetz an, wonach Zuhälter strafbares Verbrechen ist. — BANGKOK. Streitkräfte Siam befinden sich auf Grund von Berichten über geplante kommunistische Unruhen in Alarmbereitschaft. — SINGAPUR (sp). Terroristenaktivität in Malaya hält weiter an. — PRAG. (sp). Das Hochwasser der Donau hat in der slowakischen Landwirtschaft schwere Schäden zugefügt. (Alle nicht gekennzeichneten Nachrichten: DENA).

Süddeutsche Allgemeine

Leser-Nummer 155 - Nr. 112. Herausgeber und Geschäftsführer: Felix Richter, Verlag „Süddeutsche Allgemeine“ Pforzheim/Baden.

Vor der zweiten Runde

MAD. Moskau hat seine Antwort auf die Protestnoten der Westmächte zur sowjetischen Blockade Berlins erteilt. Sie ist, da wir Berlin nur als ein Symptom für den Ablauf des politischen Geschehens ansehen können, zugleich auch eine Antwort auf das Ringen um die Freiheit und Einheit Deutschlands. In ihr spiegelt sich die Grundhaltung Sowjetlands seit der Errichtung des Alliierten Kontrollrates für Deutschland und, darüber hinaus, zu den gesamten internationalen Nachkriegsproblemen wider.

Diese Note des Kreml bedeutet in ihrer Form nicht eigentlich eine klare Antwort auf die Anklage des Westens, sondern setzt die lange Reihe der Gegenbeschuldigungen fort, denen sich, anfangs überaus, später häufig fassungslos und schließlich in wachsendem Maße verstimmt, die Welt in den vergangenen Jahren immer wieder gegenüber sah, während sie auf die Verwirklichung der — auch von Sowjetland — proklamierten Friedensziele hoffte.

Stets mutete die Weltöffentlichkeit bisher erkannt, daß Sowjetlands Sprache vielfachseitige Auslegungen für Gemeinsam beschlossene Bestimmungen zulaß. Die praktischen Auswirkungen dieser politischen „Vielseitigkeit“ der Moskauer Machthaber erzeugten denn auch jene Haltung aller freiheitlichen Demokratien der Welt, zu deren Erklärung man sich der öffentlichen Meinung gegenüber als „Politik der festen Hand“ gegenüber den Forderungen und Absichten der Sowjetunion bediente. Ihr letzter Ausfluß war der entschlossene Protestschritt der Westmächte in der Berliner Frage.

Die von uns keineswegs erhoffte, wohl aber erwartete Reaktion Sowjetlands rückt die seit einiger Zeit in Washington laufenden Besprechungen der westeuropäischen Staaten und Amerikas in ein grelles Licht. Denn durch die Absage der Sowjets und ihren gleichzeitigen Versuch, jede Verantwortung für die unbestimmte Verschärfung der Gegensätze zwischen West und Ost von sich auf die ehemaligen Kriegsverbündeten abzuwälzen, werden die Westmächte nunmehr vor die Notwendigkeit gestellt, klare Entschlüsse über ihren künftigen Kurs zu fassen.

Wir wissen, daß die Entscheidungen des Westens sehr sorgfältig getroffen werden müssen. Dies ist umso mehr der Fall, als die Grundlage für die kommenden Verhandlungen mit dem Kreml infolge der unnochgeliebten Politik Moskaus unzuverlässig sehr schmal geworden ist. Die verantwortlichen Staatsmänner, vor allem Amerika, England und Frankreich, werden jetzt die Frage zu klären haben, ob sie durch ein faktisches Entgegenkommen gegenüber den östlichen Wünschen oder durch eine beständige Weiterverfolgung ihrer bisherigen politischen Linie zu den angestrebten Erfolgen gelangen werden. Uns scheinen die augenblicklichen Verhältnisse nicht dazu angetan zu sein, im politischen Weltteil noch einmal die Methoden von München in Anwendung zu bringen, denen die Welt heute einen entscheidenden Schuldenanteil am Ausbruch des zweiten Weltkrieges zuspricht.

Wir haben die bisherigen Bemühungen der Demokratien um die Schaffung des Friedens gewissenhaft verfolgt und registriert, denn auch das deutsche Volk, dem zwar bei objektiver Überprüfung der Ursachen dieser gegenwärtigen Spannungen auf dem internationalen Kraftfeld keine verbrieften Mitspracherechte zugebilligt werden können, wertet auf ihn. Freiheit und Zuversicht müssen diesen Frieden bauen und zugleich seine Fundamente werden.

Die erste Runde des Ringens zwischen den Westmächten und der Sowjetunion, die uns ein gegenseitiges Abstoßen der Kräfte brachte, ist vorüber. Die kommenden Wochen werden den demokratischen Völkern der Erde zeigen, ob sie vertrauensvoll in die Zukunft blicken dürfen.

Veto des Länderrats gegen freie Zulassung von Gewerbebetrieben

Auch künftig soll für die Eröffnung eines Unternehmens der Nachwuchs der fachlichen Kenntnis notwendig sein

Frankfurt, 15. Juli (DENA). Der Zweimünderrats legte am Donnerstagabend in seiner sechsten öffentlichen Sitzung gegen das vom Wirtschaftsminister einseitig verabschiedete Gesetz über die Zulassung von Gewerbebetrieben sein Veto ein.

In der Begründung heißt es, daß dieses Gesetz zum Zusammenbruch des nach Ansicht des Länderrats unbedingt erforderlichen Bestes der Bewirtschaftung führen würde. Besonders wandte man sich gegen die Bestimmung des Gesetzes, wonach für die Eröffnung eines Gewerbebetriebes künftig keine besonderen Fachkenntnisse mehr gefordert wird. Der Länderrat will beantragen, daß in das Gesetz eine Bestimmung aufgenommen wird, wonach auch künftig für die Eröffnung eines Gewerbebetriebes der Nachweis des Bedürfnisses und der fachlichen Kenntnis notwendig ist.

Gegen das Veto stimmten der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Hermann Lödemann, sein Justizminister Dr. Rudolf Kats und der Hamburger Bürgermeister Max Brauer. Brauer begründete seinen Standpunkt damit, daß man seiner Ansicht nach unbedingt zur freien Konkurrenz der Betriebe zurückkehren müsse. Gegen kriminelle Elemente könne man sich durch gesetzliche Maßnahmen schützen.

Der bayerische Ministerpräsident Dr. Hans Ehard führte dagegen aus, daß man sich ein Experiment, wie es dieses Gesetz darstelle, heute nicht leisten könne. Wenn man jetzt die Zulassung für Gewerbebetriebe völlig freigebe, sagte Ehard, so sei zu befürchten, daß viele

Entlassungsgesetz befreit

Stuttgart, 15. Juli (SAZ). In Abwesenheit des Ministerpräsidenten wurde in der letzten Sitzung des Württemberg-Badischen Ministerrats u. a. ein geringfügig abgeänderter Gesetzentwurf des Arbeitsministers zum Schutz der Arbeitnehmer bei Entlassungen größeren Ausmaßes angenommen. Ein weiterer Gesetzentwurf über die Einführung der Friedensgerichtsbarkeit wurde eingehend erörtert, jedoch konnte in der Frage, ob im gegenwärtigen Zeitpunkt, in dem die Bildung eines deutschen Staatswesens in greifbarer Nähe gerückt und die staatsrechtliche Struktur Südwestdeutschlands noch nicht geklärt ist, die gesetzliche Festlegung der Friedensgerichtsbarkeit besonders günstig gewählt sei, keine Einigung erzielt werden. Der Justizminister wies darauf hin, daß die Gerichte durch das Verbot der Militärregierung über die Aburteilung kleinerer Straftaten durch die Polizei, die ordentlichen Gerichte arbeitsüberlastet seien und daß die Einführung der Friedensgerichtsbarkeit beträchtliche Ersparnisse mit sich brächte. Weitere Beratungen in dieser Angelegenheit wurden bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

Heidelberger Blutspender-Prozess eröffnet

Ehemaliger Leiter der Universitätsklinik Prof. Dr. Bamberger angeklagt

Heidelberg, 15. Juli (DENA). Vor dem Heidelberger Landgericht begann am Donnerstag ein Prozess gegen den bisherigen Leiter der Universitätsklinik, Prof. Dr. Philipp Bamberger, den Oberarzt Dr. Rudolf Seifrin, den Schiffer Johann Orth, und die Krankenschwester Julie Pfeiffer. Die Angeklagten stehen unter der Anklage, das Blutspendewesen der Heidelberger Kinderklinik nicht ordnungsgemäß überwacht, bzw. im Fall des Schiffers Orth, dessen leichtfertig zur Bluttransfusion zur Verfügung gestellt zu haben.

Der an Syphilis erkrankte Schiffer Orth war im Juni und August 1946 für insgesamt 17 Kinder zum Blutspenden herangezogen worden. Neun der infizierten Kinder starben. Obwohl nicht in allen Fällen Infektion als einwandfreie Todesursache festgestellt worden ist, wird Prof. Bamberger, Oberarzt Dr. Seifrin und Schwester Pfeiffer pflicht-

widrige Unterlassung der notwendigen sorgfältigen Kontrollen, Nichtausübung der Überwachungsspflicht, sowie nachlässige Führung der Blutspenderkartei vorgeworfen.

Das Verfahren war bereits im Mai 1946 auf Grund einer für Württemberg-Baden erlassenen Amnestie niedergeschlagen worden, wonach alle fahrlässigen Straftaten, die vor Inkrafttreten der württemberg-badischen Verfassung begangen und ein Strafmaß von einem Jahr Gefängnis oder 15 000 Mark Geldstrafe nicht überschreiten, nicht mehr strafrechtlich verfolgt werden sollen.

Beamtennachwuchs unter der Lupe

Nur jeder Achte wird eingestellt — Keine Protektionsbeamten mehr

Stuttgart, 15. Juli (SAZ). Die Landesbeamtenstelle Württemberg-Baden führte entsprechend dem neuen Besetzungsgesetz erstmalige Einstellungsprüfungen für den gehobenen Dienst durch. Von 100 Bewerbern, von denen 100, darunter 11 Mädchen, teilnahmen. Aufgrund der zu äußerster Sparsamkeit zwingenden Verhältnisse werden jedoch nur etwa 20 Bewerber eingestellt werden können.

Während einer Sitzung der Prüfungsberichterstattung gab Direktor Bader von der Landesbeamtenstelle einen kurzen Überblick über die Vor- und Nachteile der beschriebenen Einstellungsprüfung, durch die man zwar erziehe, daß jeder Fähige auch ohne Protektion Beamter werden könne, aber nicht die Gewähr gewinne, die charakterliche Eignung des Bewerbers feststellen zu können. Gerade im Hinblick darauf sei die Bildung ganzer Beamtenfamilien in der Vergangenheit von Vorteil gewesen, da der entsprechende Nachwuchs schon von Hause aus beträchtliche Fachkenntnisse mitgebracht habe. Gerade in der sogenannten Inspektoren-Laufbahn sei eine scharfe Auslese erforderlich, da diese Beamten fast ausschließlich im Publikumsverkehr eingesetzt würden und also außer guten Fachkenntnissen soziale Verträglichkeit mitbringen müßten. Direktor Bader wies auf die Notwendigkeit hin, den anerkannten württemberg-badischen Besatzstand wieder aufzubauen. Die Länge des geforderten Ausbildungsganges (fünf Jahre Ausbildung, dreiwöchiges Jahre Fachschul und zweijährige Probezeit) hätte es notwendig gemacht, die Altersgrenze für die Bewerber auf 20 Jahre herabzusetzen. Das Gesamtergebnis der Prüfung bietet

VERBANTE WESTLÖNEN

STUTTGART. Berufsverband gegen früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Hjalmar Schacht wird am 1. August im Internationales Ludwigshafen geschlossen. — MÜNCHEN. Angehörige des DP-Lagers Deggendorf fordern die Besatzung, Butler und Bier zu lassen, da sie wieder, sobald genügend Betriebskapital vorhanden wäre, das Finanzamt zu 12,50 DM und Bier zu 1,— DM kaufen würden. NÜRNBERG. Die Wiedererrichtung des Fuß-Prozesses wurde auf unbefristet Zeitpunkt vorläufig. / General Clay hat das Urteil von Sieben Jahren Gefängnis gegen Friedrich Flick und zwei Direktoren seines Konzerns bestätigt. — WÜRZBURG. Bestände der Unvertriebsabteilung hat entgegen befristeter Lohn und Stundenlöhne im Werte von mehreren hunderttausend DM in seiner Wohnung und Lager gehalten. — MANNHEIM. Sprengkommando der Polizei haben im Stadtgebiet seit Kriegsende etwa 100 Tonnen herumliegende Munition abgeräumt. — KIEL (traf). Drei für Berlin gesammelt. — KIEL (traf). Drei Jahre nach Beendigung des Krieges wird in Schleswig-Holstein immer noch an der Unschärfmachung von Bomben, Suchen und Granaten gearbeitet. / Ein Ehrenmal für die 12 KZ-Häftlinge, die beim Untergang der „Cap Arcona“ ertranken, wurde am Tinnensender Strand errichtet. / BRISGHE Studenten werden sich mit deutschen Studenten an der Schiffsakademie der Stadt Kiel beteiligen. FRANZÖSISCHE IONE. KIEL. Die Lage in zahlreichen Gemeinden des Rhein-Vogelgebietes von Südbaden ist laut Statens aufgrund der Lebensverhältnisse als kritisch zu bezeichnen. Rund 2000 ha Felder stehen bei Sand, Lehmstein, Bierstein, Heubüchsen und Freileben unter Wasser. SOWJETISCHE IONE. LEIPZIG. In der Sowjetischen Zone sollen laut Berlin Bericht in diesem Jahr 30 000 Neubaugewerke errichtet werden. — BRESDEN. Der Chef der SMA, Marschall Sokolowski hat den sächsischen Innenminister Dr. h. c. Fische zum neuen Präsidenten der Zentralverwaltung des Innern der Sowjetzone ernannt. (Alle nicht gesicherten Nachrichten: DENA).

Wir sprachen mit Mr. Seger

Stuttgart, 15. Juli (SAZ). „In 28 Tagen habe ich 71 mal gesprochen, vor Hochschulen, Rundfunk, bei Versammlungen und Parteiveranstaltungen“, erklärte uns Mr. Gerhart H. Seger, der Herausgeber der über den ganzen amerikanischen Kontinent bekannten „Newspaper“ „Newspaper“, der seine Vortragsreisen durch die Westzone gesteuert in einer Veranstaltung in der Pforzheimer Stadthalle beschloß.

Mr. Seger folgte der Einladung jener Partei, die er einst im Reichstag vertrat; damals, als er noch Herr Seger hieß und als SPD-Abgeordneter von 1930 bis 1933 die Nazis zur Verwerfung brachte. Nach 1933 versuchten es die Nazis, mit Herrn Seger, d. h. mit dem politischen Häftling gleichen Namens im Konzentrationslager Oranienburg. „Wissen Sie, ich hatte etwas gegen diese Leute, es wurde da zuviel getrieben und ich bin nach sechs Monaten ausstrebend“, bemerkte hier Mr. Seger im Plauderton; doch das begleiende Lächeln überzeuhte nicht ganz.

Noch ein Jahr blieb er in Europa, im Herbst 1934 ging er nach den USA, deren Staatsbürger er jedoch erst 1942 wurde. Drei Jahre später kehrte er nach Deutschland zurück. Darnach als Hauptbelastungszeuge gegen seine ehemaligen Reichstagsgegner Göring und Frick. Die amerikanische Anklagebehörde will auf den verurteilten Fachmann in diesen politischen Fragen nicht verzichten und verpflichtet ihn zur Mitarbeit im Prozess gegen Papen und Neurath.

Neuere, drei Jahre nach seinem letzten Deutschlandbesuch, sagt Mr. Seger, seien es vor allem zwei Beobachtungen, die den Fortschritt kennzeichneten: die Entwicklung der Parteilosigkeit und die Verbindung der Parteilosigkeit mit der „Weltanschauung“ gegen junge, unverbrauchte Kräfte auszustreten, bemerkte Mr. Seger schließlich optimistisch — und diesmal nicht wir es, deren Lächeln nicht ganz überzeugend kann.

Einem aufschlußreichen Einblick in den Bildungsstand der Teilnehmer, die sich zu 40 Prozent aus Abiturienten (in Württemberg 33 Prozent), zu 33 Prozent aus Mittelschülern und zu 15 Prozent aus Volksschülern zusammensetzt. Überdies berichten die Prüfer über mangelhafte Kenntnisse des Durchschnitts. Überall zeigten sich die durch die Verhältnisse der Nachkriegszeit entstandenen Lücken. Zwischen den badischen und württembergischen Teilnehmern seien zu Gunsten der Letzteren starke Leistungsunterschiede festgestellt worden. Außerdem hätten sich in Württemberg andere Menschengruppen für die gehobene Laufbahn gemeldet, als in Baden, wo diese Laufbahn weniger begehrt und aussichtsloser erscheint. Einer der Prüfer sagte, Recht- und Schön-schreibung der Bewerber seien teilweise „unter jeder Kritik“, überraschend gut dagegen die Kenntnisse in Staatsbürgerkunde. Der Mut, mit dem viele an die Lösung der Aufgaben gegangen seien, habe oft in keinem Verhältnis zu den wirklichen Kenntnissen gestanden und die Sucht zu Phrasen und Pseudowahrheiten hätten wie ein Spiegelbild des Erziehungsstandes der Nachkriegszeit gewirkt.

Beschäftigungsnachweis für August

Stuttgart, 15. Juli (DENA). Das Landesarbeitsamt Württemberg-Baden teilte hier am Donnerstag mit, daß für den Monat August auf die Abstemmung der Beschäftigungsnachweise durch die Arbeitgeber verpflichtet wird. Bei Abholung der Lebensmittelpassiers müssen jedoch die bisher die Beschäftigungsnachweise der registrierpflichtigen Personen vorgelegt werden.

Deutschland-Rundschau

HANNOVER. KPD-Versammlung, auf der Wilhelm Flick und Otto Grolowald sprechen sollten, wurde von der bürgerlichen MIBS-Organisation nicht geschmiedet. — DUISBURG. Der Wasserpreis des Ruhrgebietes ist auf 1,40 M gestiegen. — BREMEN. Rund 4000 kg Lebensmittel wurden bisher im Rahmen der von der „Nahrung-Zentrale“ durchgeführten Hilfsaktion „Kiel-Grat“ drei für Berlin gesammelt. — KIEL (traf). Drei Jahre nach Beendigung des Krieges wird in Schleswig-Holstein immer noch an der Unschärfmachung von Bomben, Suchen und Granaten gearbeitet. / Ein Ehrenmal für die 12 KZ-Häftlinge, die beim Untergang der „Cap Arcona“ ertranken, wurde am Tinnensender Strand errichtet. / BRISGHE Studenten werden sich mit deutschen Studenten an der Schiffsakademie der Stadt Kiel beteiligen. FRANZÖSISCHE IONE. KIEL. Die Lage in zahlreichen Gemeinden des Rhein-Vogelgebietes von Südbaden ist laut Statens aufgrund der Lebensverhältnisse als kritisch zu bezeichnen. Rund 2000 ha Felder stehen bei Sand, Lehmstein, Bierstein, Heubüchsen und Freileben unter Wasser. SOWJETISCHE IONE. LEIPZIG. In der Sowjetischen Zone sollen laut Berlin Bericht in diesem Jahr 30 000 Neubaugewerke errichtet werden. — BRESDEN. Der Chef der SMA, Marschall Sokolowski hat den sächsischen Innenminister Dr. h. c. Fische zum neuen Präsidenten der Zentralverwaltung des Innern der Sowjetzone ernannt. (Alle nicht gesicherten Nachrichten: DENA).

Heidelberger Kulturspiegel

So wie ein ordentlicher Hausvater am Schluß des Jahres die Bilanz zieht, legt auch das Theater am Ende der Spielzeit sich und seinem Publikum Rechenschaft ab. Sie wäre für die Heidelberger Städtischen Bühnen erst in vier Wochen fällig gewesen; die Währungsinstellung verhinderte, neben der Durchführung der Schwertzüge Festspiele, in der Oper nicht weniger als vier Werke, im Schauspiel zwei, und so schloß die Spielzeit 1947/48 bereits vorzeitig mit der Aufführung von Zuckmayers Drama „Des Teufels General“, in dem sich der Titelheld, Oskar Dimroth, vom Heidelberger Publikum verabschiedete. Daß dieses Ereignis (nach der Geldregulierung) vor einem ausverkauften Hause vor sich gehen konnte, zeigt dem nachdenklichen Beobachter zweierlei! Daß der Intendant der Heidelberger Bühnen, Heinrich Köhler-Helfrich, diese Aufführung nicht unter Preis verkaufen wollte, um einem verdienten Schauspielers einen ein wenig verdienten Schauspielers einen „Faten Abgang“ zu verschaffen, und daß dieses Stück das waltaus erfolgreichste des Spielplans war und bis zu dieser 14. — hochaufrichtigste — Vorstellung seine Zugkraft bewies. Heidelberg hat diesen, unter den Werken der Nachkriegszeit unstrittig bedeutungsvollste Stück, unmittelbar nach der Hamburger Uraufführung zur Diskussion gestellt und damit jene Initiative bewiesen, die die Theaterführung Heinrich Köhler-Helfrichs auszeichnet. Eine ähnliche Verantwortungsfreudigkeit lag auch dem „Monat des zeitgenössischen Schauspiels“ zugrunde, der nunmehr einen festen Bestandteil des Spielplans bildet und Heidelberg über alle Schauspielbühnen der Westzone stellt als einziges Theaterinstitut, das in dieser Form einen Gesamtüberblick über die dramatische Produktion der Zeit — aber auch über die

künstlerischen Ausdrucksmöglichkeiten der Deutschen Bühne der Gegenwart — gestattet und wagt. Wenn man aus dem jetzt vorliegenden Rechenschaftsbericht aber weiterhin erfährt, daß in der Spielzeit zwölf Schauspiele einstudiert wurden, unter denen Schillers „Maria Stuart“ mit 11 Aufführungen an führender Stelle steht, daß durch verschiedene Gastspiel-aufführungen über den „Gastspielmonat“ (mit neun gastierenden Bühnen) hinaus der Spielplan aufgelockert wurde und 17 Sonderveranstaltungen — Morgenfeiern, Lieder- und Tanzabende usw. — mit insgesamt 45 Aufführungen stattfanden, so möge man ruhig fragen, ob eine andere „Stadt in Deutschlands Mitte“ eine so abwechslungsreiche kulturelle „Spektakelkarte“ vorweisen kann. Das ganz besonders, wenn man bedenkt, daß Heidelberg bei einer heutigen Einwohnerzahl von rund 120 000 nur ein Haus für Oper, Operette und Schauspiel besitzt und der im Sommer noch benutzte „Königsaal“ im Schloß, bzw. die „Schloßkapelle“, je sowohl räumliche wie thematische Einschränkungen erfordern. Unter den 481 Aufführungen der Spielzeit 1947/48 gab 279 Spielpläne, mit 76 auswärtigen Gastspielen, befinden sich aber neben 388 Schauspielstücken nicht weniger als 189 Opern, und wenn hier einmal die „Kaubersöte“, einmal der „Fliegende Holländer“ und einmal die „Nacht in Venedig“ vermerkt ist, so ist leicht auszumachen, daß verschiedene Opernpläne nicht zur Ausführung kommen konnten, wenn Wieder-aufnahmen aus der vorhergehenden Spielzeit mit Werken wie „Falstaff“ (8-mal) und „Tosca“ (15-mal) den Spielplan beherrschten. In solcher Wieder-aufführung und Wiederholung aber setzt sich allen die Tiefenwirkung eines Werkes, und Werke wie „Costa fan tutte“ und „Die Kluge“ geben „Falstaff“ sind als be-

vorstehende Inszenierungen gewiß über mehrere Spielzeiten hin lebendig und voller Anziehungskraft — besonders in einer Stadt wie Heidelberg, die kein Provinzpublikum im landläufigen Sinne aufweist, sondern auch auswärtige Besucher anlockt und — zu unterhalten verzieht. Im übrigen löset sich der Begriff „Theaterkultur“ nur aus der Stetigkeit, mit der das Wertvolle der geistigen Produktion eines Volkes gepflegt wird; niemals wird die Quantität ausschlaggebend sein, stets die Qualität. In dieser Hinsicht hat der Spielplan — mögen hier und da andere Wünsche laut geworden sein — die Richtigkeit der planmäßigen Erneuerung des Theaters aus seinen Elementen erwiesen, und es wird sich in der neuen Spielzeit zeigen, ob hier nicht die größere Kraft liegt als in der Jagd nach dem durchaus Neuen, das früher zumeist in Kammerbühnen oder Studios dargeboten wurde, fast nie aber in den Stadtbühnen. Wenn man nun liest, daß in der letzten Spielzeit über 313 000 Personen „ihre“ Theater besucht haben, so kommen auf jeden Heidelberger 3 Aufführungen — und das spricht für sich selbst, zumal die Intendant auch ihren sozialen Verpflichtungen nachzukommen läßt durch die Veranstaltung von 51 verbilligten Vorstellungen (für Volkshörsäle, Studentenschaft, Jugendrat und Arbeiterwohlfahrt). Bis zum Beginn der neuen Spielzeit im August wird sich die gegenwärtige Geldkrise auch für das Theater als „reinigendes Gewitter“ ausgewirkt haben, und „Hamlet“ und „In der Oper“ „Othello“ werden uns in die Bereiche echter Kunst führen, die ewig sind und heilende Kraft haben.

Solche „heilende Kraft“ geht in Heidelberg in diesen Tagen von der Musik und vom Namen Beethoven aus, dessen sämtliche Sonaten der Münchener Pianist Hans-Gerhard Ribenschnä in der Universitätsaula in sechs Abenden durchgeführt, verpflichtet von der „Neuen Söde-

Konzertdirektion“, die als bisher einziges privates musikpflegendes Unternehmen die Initiative ergriß, der Zeit ein Paroli zu bieten. Der Erfolg spricht für sich: Wagner. Und zu gleicher Zeit führt das Heidelberger Kirchenmusikhistorische Institut drei Orgelstücke durch, die die Heiliggeistkirche mit einer ansehnlichen Besucherzahl füllten. Der Name J. S. Bach verbindet sich hier mit einem jüngeren Vertreter der musles sacra, Heinrich Karlinski, der sechszigjährig, 1948 starb und dessen Gedenken ein Abend gewidmet ist.

Neue Bücher

John Henry Mackay: Zwischen den Zellen. Kleine Geschichten. Stuttgart: Börsenverlag, 1947. 146 S. „Kleinere Arbeiten in Prosa“ nennt Mackay seine Geschichten, die, ungleichartig und ungleichwertig, zwischen umfassenden Werken entstanden sind. Blickpunkt der Erzählungen ist der Mensch in den Konflikten und Auseinandersetzungen mit den Bindungen seines Lebens. Während manche dieser Arbeiten den Charakter des Provinzialen, Zufälligen erkennen lassen, sind andere ausgewogen und geschlossen, von literarischer Gültigkeit, vor allem die beiden zusammengehörenden Eingangserzählungen „Der Handschuh“ und „Die Hand“, die aus einer unheimlichen, an Poe erinnernden Phantastik leben. In Themenwahl, Stil und Duktus kreuzen sich die Einflüsse europäischer Literatur des vorigen Jahrhunderts (Poe, Maupassant, Dostojewski). Mackay ist 1894 in Schottland geboren. Flie-

Alfred Andersch: Deutsche Literatur in der Entscheidung. Karlsruhe. Verlag Volk und Zeit, 1948. 21 S. Alfred Andersch, der auf sich aufmerksam machte durch die Gründung und Herausgabe der Zeitschrift „Der Ruf“, München, legt die so schmale wie inhaltlich prägnante Broschüre vor „Deutsche Literatur in der Entscheidung“. Es ist ein Beitrag zur Analyse der literarischen Situation unserer Zeit, eine knappe kritische Wertung und Zuordnung von Autor und Werk, gemessen an dem Maßstab der politischen Haltung in den Jahren 1933-45. Unter diesem Aspekt nimmt Andersch seine Untersuchung vor, — streng, eigenwillig, in großen Hauptlinien, die für ein Einzelschicksal keinen Platz lassen. Er zitiert mit scharfem Messer, trennt die deutsche Literatur als „innere Emigration“ (und klassifiziert ihre Vertreter ohne Pöbel und Pardon von der des „offenen Widerstandes“, um abschließend hinzuweisen auf die Bezüge von „im Vorraum der Freiheit“, in denen er die Ansätze zu einer möglichen tabula rasa spürt, die Fähigkeit, in einem originalen Schöpfungsakt eine Erneuerung des deutschen geistigen Lebens zu vollbringen. Bilder des Todes. Hans Holbein, Andreas Gryphus. Dortmund: Karl Schwabenberg-Verl., 1947. 58 S. In der Verlegerreihe der „Stunden-Bücher“ hat der Schwabenberg-Verlag Hans Holbeins Totentanzbilder herausgebracht. Jede Seite des kleinformatigen Bändchens zeigt eines der bekannten Bilder mit Verweisen von Andreas Gryphus. Zum Schluß hat der Verlag eine gute erklärende Betrachtung angehängt, die kulturgeschichtliche und die religiöse Situation der Zeit erheilt und auf die künstlerische Leistung Holbeins hinweist. Flie-

Freitag, den 16. Juli 1948

Hoch nicht ausgeschlafen

Wer je an der Unfehlbarkeit einer Stadtverwaltung zu zweifeln Anlaß zu haben glaubte, dem sei a priori Kunde davon gegeben, daß diese Zweifel mit dem heutigen Tage restlos beseitigt sein dürften...

Aus dem Tagebuch der Fächerstadt

Größlicher Unfall. Im Betrieb einer Expeditionfirma erfüllt ein Arbeiter, der die Laufketten eines Baggers einölte, tödliche Verletzungen, als dieser von einem anderen Arbeiter in Betrieb gesetzt wurde und ihn mit seinen Schaufeln in die Höhe riß und sinken ließ...

Landwirtschaftlichen Versuchs- und Forschungsanstalt Augustenberg, hat sich an die TH Karlsruhe für das Fach 'Agrikulturchemie' umhabilitiert.

Fahrt langsam!

Von den Straßenbauarbeiten (Straßenbauamt, techn. Landesamt) wurde wiederholt Klage darüber geführt, daß durch Überbremsung der für Kraftfahrzeuge vorgeschriebenen Geschwindigkeit die zum Teil schon schlechten Straßen und die Behelfsstraßen (insbesondere im Zuge der Autobahnen) vorzeitig ruinieren und unbrauchbar werden.

Die Landespolizei weist die Kraftfahrer auf die bei übermäßigen Geschwindigkeiten entstehenden Schäden an der Fahrbahn und an den Kraftfahrzeugen, auf die für den Kfz-Benutzer damit verbundenen Gefahren und nicht zuletzt auf die Kosten zur Behebung der auf gefährliche Art und Weise verursachten Beschädigung der Fahrbahn hin.

Ka'o-ferma kompensierte mit Seife

Gerichtliches Nachspiel rühriger Unternehmertätigkeit

Nicht alle Tage hat der gewöhnliche oder bescheidenste Besucher des Karlsruher Schwergewichtsausschusses Gelegenheit, in einer so angenehmen Atmosphäre zu verweilen, wie sie vornehmlich im Gerichtssaal des Karlsruher Strafkammer herrscht.

Nicht ganz so herzlich erwies sich das Milieu, in dem die vor Gericht erörterten Tatsachen gespielt hatten: erinnerte doch alles in so unangenehmer Art und Weise an die Jahre, in denen noch keine Waren die Anlagen der Gerichte füllten, in denen der primitiv-algermanische Gütertausch das Wirtschaftsleben des zerrissenen Herrns von Mitteleuropa beherrschte.

13 oder 20 Tausend Felle, die als Überschub aus einem Leberverdingungsgeschäft mit der Hauptzweck zu Tote stammten, bildeten die Produktionsgrundlage für die erforderliche Kompensation. Zwar hatte die amerikanische Militärregierung eine nichtgültige Genehmigung des Geschäfts nur unter der Bedingung erteilt, daß die überschüssige Fellmenge dem Land Württemberg-Baden zugute komme.

13 oder 20 Tausend Felle, die als Überschub aus einem Leberverdingungsgeschäft mit der Hauptzweck zu Tote stammten, bildeten die Produktionsgrundlage für die erforderliche Kompensation. Zwar hatte die amerikanische Militärregierung eine nichtgültige Genehmigung des Geschäfts nur unter der Bedingung erteilt, daß die überschüssige Fellmenge dem Land Württemberg-Baden zugute komme.

Ettlinger Papier in aller Welt

Vor 450 Jahren die erste Papiermühle — heute modernste Papierfabrikation

Welche Bedeutung das Papier im Leben des Kulturmenschen hat, sei es z. B. in Form der täglich erscheinenden Zeitung, des Butterbrotspiegers oder Zementsacks, lernten wir eigentlich erst so richtig schätzen, als es Mangelware geworden war.

Ein Besuch bei der in Ettlingen gelegenen Papierfabrik der Papier- und Zellstoffwerke Ettlingen-Maxau (vormals Vogel & Bernheimer) vermittelt einen nachhaltigen Eindruck von dem heutigen Stand der Technik der Papierherstellung, wenn wir uns den Entwicklungsgang von der 1488 hier erstellten ersten Papiermühle über die bühnenreichen Fabriken bis zu diesem modernen Werk vergegenwärtigen.

Beruf des Papiermachers, Sortierers, Heizers, Monteure oder Packers ihren Lebensunterhalt findet.

Aber noch viele andere fleißige Hände sind im Produktionsgang notwendig. In einem riesigen Lager wird das angefertigte Altpapier von flinken Mädchenhänden sorgfältig aussortiert, denn es ist das A und O der Papierfabrikation überhaupt, möglichst reines und fehlerfreie Grundstoffe zu verarbeiten.

Über Vor- und Maschinenbetten (triebig, innen wegen Eiswirkung weiß gefärbte Vorratsbehälter) kommt die heilige Masse, nunmehr fest zu Wasser verflüssigt, auf die Papiermaschine und dort zunächst auf die Nalptrappe, wo die gleichmäßige Verteilung genau auf die Breite der Bahn erfolgt.

In der Hauptsache werden hochwertige Papiere des täglichen Bedarfs, vor allem für die Ernährung, Lebensmittelverpackung und die Bau- und Baustoffindustrie hergestellt. Das Werk ist mit Produktionsanlagen der Lenkungsbehörden und höherer Stellen stark ausgelastet.

16er-Oberliga startet am 12. September 1948

Bei überaus starker Teilnahme der Vereine, Presse und Rundfunk wurde am Mittwoch in Stuttgart-Fellbach unter dem Vorsitz von Dr. Walter die Beibehaltung der 16er-Oberliga für die kommende Saison, die am 12. September beginnt, mit 18:1 Stimmen beschlossen.

Bei überaus starker Teilnahme der Vereine, Presse und Rundfunk wurde am Mittwoch in Stuttgart-Fellbach unter dem Vorsitz von Dr. Walter die Beibehaltung der 16er-Oberliga für die kommende Saison, die am 12. September beginnt, mit 18:1 Stimmen beschlossen.

Bei überaus starker Teilnahme der Vereine, Presse und Rundfunk wurde am Mittwoch in Stuttgart-Fellbach unter dem Vorsitz von Dr. Walter die Beibehaltung der 16er-Oberliga für die kommende Saison, die am 12. September beginnt, mit 18:1 Stimmen beschlossen.

Die Plakatsäule

Anmeldung von Wertpapieren, Wertpapiere, in denen Rechte gegen das Reich oder andere in § 14, Ziff. 2 bis 5 des Dritten Währungsgesetzes näher bezeichnete Rechtsträger verbrieft sind, müssen gemäß § 30 des Umstellungsgesetzes bis zum 31. Juli 1948 bei einem Geldinstitut angemeldet werden.

Die Karlsruher Geldinstitute halten — worauf wir nochmals hinweisen — ihre Kassenscheiter bis auf weiteres auch an Samstagen geschlossen.

Spart mit Gas! Wie das Gaswerk mitteilt, ist es ihm bei den in der letzten Zeit angelegerten Kohlenorten nicht möglich, mit der noch beschränkten betrieblichen Ofenleistung den angestiegenen Gasverbrauch vollständig zu decken.

Auf Einladung der Fakultät für Architektur spricht Dienstag, 20. Juli, 19.30 Uhr, im Saal 18, Aulabau der TH, Professor Oscar Gehrig, Direktor der Akademie d. b. K. und Referent in der Abteilung Kultur und Unterricht.

Esser Oscar Gehrig, Direktor der Akademie d. b. K. und Referent in der Abteilung Kultur und Unterricht. Vom Gesicht der backsteinernen Stadt (dargestellt an der Bildrolle des Vize Schorler, Hostenk 1938-40, und alten Plänen), Eintritt frei.

Der Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Karlsruhe, ladet seine Mitglieder zu der am Freitag, 19. Juli, 20 Uhr, stattfindenden außerordentlichen Hauptversammlung im Restaurant „Bavaria“, Ecke Hirsch- und Amalienstraße, ein.

Die Rassehund-Ausstellung, die am 18. Juli eröffnet werden sollte, mußte infolge der Währungsreform verlegt werden. Die Ausstellung beginnt nunmehr am 1. August, der zweite Meldeschluß wurde auf 17. Juli festgesetzt.

Spart mit Gas! Wie das Gaswerk mitteilt, ist es ihm bei den in der letzten Zeit angelegerten Kohlenorten nicht möglich, mit der noch beschränkten betrieblichen Ofenleistung den angestiegenen Gasverbrauch vollständig zu decken.

Auf Einladung der Fakultät für Architektur spricht Dienstag, 20. Juli, 19.30 Uhr, im Saal 18, Aulabau der TH, Professor Oscar Gehrig, Direktor der Akademie d. b. K. und Referent in der Abteilung Kultur und Unterricht.

EIN LEBEN FÜR DEN GEIGENBAU

Der Karlsruher Geigenbaumeister Eugen Wahl schuf sein 500. Instrument

Mit der Vollendung seiner fünfthundertsten Geige feiert der Karlsruher Geigenbaumeister Eugen Wahl in diesen Tagen ein beachtenswertes und seltenes Jubiläum. In vierzig Jahren hat der nun siebenzigjährige Meister dieses Werk vollbracht, dessen Bedeutung jetzt noch kaum zu überschätzen ist.

sich in allen fünfthundert Instrumenten befindet: „tutti tuo gloria“. Ein wahrhaft guter Geist und ein solches Werk ist ein Schöpfwerk, welches wir unsere Glückwünsche darbringen mit den Worten aus den „Meisterliedern“: „Ehrt eure deutschen Meister — sie banen gute Geister“.

Karlsruher Kultur Nachrichten. Honegger-Erstaufführung in Karlsruhe. Die Züricher Arbeitsgemeinschaft „Pro Helvetia“ hat der Badischen Hochschule für Musik durch Überlassung des Materials die Möglichkeit zur Erstaufführung von Arthur Honeggers Oratorium „König David“ geschaffen.

Konzert zugunsten bedürftiger Studenten. Das durch Mitglieder der Bad. Staatskapelle verstärkte Akademische Orchester der Technischen Hochschule veranstaltet am Montag, 19. Juli, 20.30 Uhr, im Studentenhaus, Parkring 7, ein Konzert, dessen Gesamterlös bedürftigen Studenten zufleßen soll.

Schallplattenkonzert. Am Sonntag, 18. Juli, 19.30 Uhr, findet im US-Information-Center (Amerikanische Bibliothek, Stefanstraße 20) das 3. Schallplattenkonzert statt.

Wohl kann man in der Zahl 500 etwas erkennen an vorbildlichem Fleiß und an dem Geschaffenen eines Meisters, Lehr aber und schaffenden wäre beides ohne den Geist, der hinter der Arbeit steht.

Internationalen Film-Festwochen drei mit besonderer Spannung zu erwartende Filmwerke. In „Der Herr von anderen Stern“ läßt Heinz Hilpert einen Bewohner eines anderen Planeten unsere Erde besuchen; da Heinz Hilpert diesen Besucher darstellt, dürfte es nicht schwer sein, zu erraten, mit welchen Augen er uns und unsere „Welt“ betrachtet wird.

Nur noch örtlich einzelne Regenschauer. Übersicht: Die Aufzählung des Tiefdruckgebietes über Südschweden macht Fortschritte. Die in unserem Raum noch einwirkende ozeanische Kaltluft erwärmt sich langsam, gibt aber örtlich noch zu Schauern Anlaß.

Vorbereitung des Amtes für Weiterbildung Karlsruhe, gültig bis Samstagfrüh: Am Freitag wechselnd wolkig, noch örtlich einzelne Schauer, die ab und zu mit gewichtigen Störungen verbunden sein können.

Rheinwasserstände vom 15. Juli 1948. Konstanz 678 -1; Breisach 262 + 16; Kehl 417 -4; Maxau 211 -19; Mannheim 396 -34; Caub 488 -24.

Verantwortlicher Lokalredakteur: Helmut Haug, Karlsruhe Redaktion: Weidner, 28, Tel. 923/923, Anzeigenannahme: Kalschauer, 99, Telefon 6540.

Die Neuwahlen für Vorstand, Spruchkammer und Berufungsinstanz wurden auf Vorschlag von Landauer (München) für die nächste Tagung am 7. August in Stuttgart-Fellbach zurückgestellt.

Die Neuwahlen für Vorstand, Spruchkammer und Berufungsinstanz wurden auf Vorschlag von Landauer (München) für die nächste Tagung am 7. August in Stuttgart-Fellbach zurückgestellt.

Die Neuwahlen für Vorstand, Spruchkammer und Berufungsinstanz wurden auf Vorschlag von Landauer (München) für die nächste Tagung am 7. August in Stuttgart-Fellbach zurückgestellt.

Die Neuwahlen für Vorstand, Spruchkammer und Berufungsinstanz wurden auf Vorschlag von Landauer (München) für die nächste Tagung am 7. August in Stuttgart-Fellbach zurückgestellt.

Die Neuwahlen für Vorstand, Spruchkammer und Berufungsinstanz wurden auf Vorschlag von Landauer (München) für die nächste Tagung am 7. August in Stuttgart-Fellbach zurückgestellt.

Die Neuwahlen für Vorstand, Spruchkammer und Berufungsinstanz wurden auf Vorschlag von Landauer (München) für die nächste Tagung am 7. August in Stuttgart-Fellbach zurückgestellt.

Die Neuwahlen für Vorstand, Spruchkammer und Berufungsinstanz wurden auf Vorschlag von Landauer (München) für die nächste Tagung am 7. August in Stuttgart-Fellbach zurückgestellt.

